

### HT 2014: Die Friedensbewegung in der geschichtswissenschaftlichen Kontroverse

**Veranstalter:** Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

**Datum, Ort:** 23.09.2014–26.09.2014, Göttingen

**Bericht von:** Andreas Lutsch, Lehrstuhl für Neueste Geschichte II, Historisches Institut, Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Im Zeitalter des Ost-West-Konflikts waren die frühen 1980er-Jahre eine Hochphase öffentlicher Aufwallung und Hysterie. Dies betraf vorwiegend westeuropäische NATO-Staaten im Blick auf grundlegende Fragen der internationalen Sicherheit, der (nuklearen) Abschreckungsstrategie, des Ost-West-Verhältnisses, des exklusiven außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesses in Demokratien, der gesellschaftlichen Emanzipation, des Umweltschutzes und der Zivilisationskritik. Es war hochumstritten, was den Frieden bzw. Stabilität zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt erhalten würde. Kristallisationskern der Kontroverse war die Debatte um die Verstärkung der sowjetischen nuklearen Mittelstreckenwaffen und um die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses, speziell hinsichtlich der Indienstellung US-amerikanischer, nuklearer Mittelstreckenflugkörper in Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien und in den Niederlanden. Gegen vieles, aber vor allem gegen letzteres kämpfte die in mehreren NATO-Staaten verwurzelte Friedensbewegung, die im Fokus der Sektion stand. Ihre Akteure sahen sich selbst als Friedensakteure. Anderen erschienen sie als Sprachrohr der Interessen Moskaus, die defätistischen Tendenzen im Westen Vorschub leisteten.

Eine jüngst in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* ausgetragene Kontroverse<sup>1</sup> zeigte, dass die Bewertung der Friedensbewegung auch in der Historisierung zur Polarisierung führt. Tatsächlich verlor die Friedensbewegung ihre breitere gesellschaftliche Verankerung mit der ab Ende 1983 in Westeuropa vollzogenen Stationierung von Mittelstreckenwaffen. Die Friedensbe-

wegung habe historisch verloren, erscheine aber mittlerweile in manchen historischen Darstellungen als Gewinner der Geschichtsschreibung, bemerkte der Sektionsleiter, PETER HOERES (Würzburg), eingangs. Die Erforschung der Bewegung habe zur Bildung zweier geschichtswissenschaftlicher Lager geführt. Ziel der Sektion sei es, die wissenschaftliche Kontroverse auf dem Historikertag fortzuführen und zu einem fruchtbaren Austausch anzuregen.

Einerseits habe die Forschung Versuche und ansatzweise auch das Ausmaß der Außensteuerung der Bewegung durch Ostblock-Politik, -Verbindungen und -Finanzierung ausgeleuchtet. Dabei seien Grundzüge und zahlreiche Facetten einer erfolgreichen, wenn auch nicht totalen Einflussnahme auf die Friedensbewegung gezeigt worden. In der Bundesrepublik habe der Minimalkonsens, die Weiterrüstung der NATO zu verhindern, ein Konglomerat von Akteuren zusammengehalten - von der Deutschen Friedensunion (DFU), der Deutschen Kommunistischen Partei und den Generälen für den Frieden über die Grünen, weite Teile der evangelischen Kirche und der Sozialdemokratie inklusive der Jusos bis hin zu Verlagen wie Pahl-Rugenstein. Andererseits habe die Forschung die Binnensicht, die Heterogenität und Transnationalität der Friedensbewegung in den Blick genommen. Dabei sei betont worden, dass nur eine kleine Minderheit innerhalb der Friedensbewegung ferngesteuert gewesen sei, dass die Friedensbewegung das Blockdenken des Ost-West-Konflikts zu überwinden versucht habe und dass sie sich insofern einer Instrumentalisierbarkeit weitgehend entzogen habe. Jüngst sei, so führte Hoeres weiter aus, ein Sammelband erschienen, dessen programmatische Einleitung<sup>2</sup> in

<sup>1</sup> Gerhard Wettig, Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979-1983, in: VfZ 57 (2009), S. 217-259; Holger Nehring/ Benjamin Ziemann, Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung - eine Kritik, in: VfZ 59 (2011), S. 81-100; Gerhard Wettig, Der Kreml und die Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre, in: VfZ 60 (2012), S. 143-149.

<sup>2</sup> Christoph Becker-Schaum / Philipp Gassert / Martin Klimke / Wilfried Mausbach / Marianne Zepp, Einleitung, Die Nuklearkrise der 1980er. NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, in: dies. (Hg.), »Entrüstet Euch!« Nuklearkrise, NATO-

---

einer „Apotheose der Friedensbewegung als Wegbereiterin der Wende 1989/90“ gipfele. In diesem Band seien allerdings Forschungsergebnisse zum Komplex Außensteuerung der Friedensbewegung kaum rezipiert und die dahinter liegende Sachproblematik weithin „eskamotiert“ worden. Dies werfe die Frage auf, ob Historisierung zur historischen Entkonkretisierung führe bzw. ob durch Historisierung zeitgenössische Erklärungsmuster obsolet werden würden.

Verkehrsprobleme hinderten GERHARD WETTIG (Kommen), bei der Sektion anwesend zu sein. In einem nachgereichten Papier postulierte er, Moskau habe bereits in den 1970er-Jahren offensiv-expansive Ziele und eine entsprechende Strategie verfolgt, um die Staaten Westeuropas aus dem transatlantischen Verbund mit den USA herauszulösen und in den Orbit der eigenen Interessenssphäre hinüberzuziehen. Der Stationierung speziell der SS-20 habe dieses „offensive politische Moment“ zugrunde gelegen. Um die Glaubwürdigkeit der im Westen als essentiell angesehenen nuklearen Abschreckung zu zersetzen, habe Moskau die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa verhindern wollen. In jedem Fall sei das Mittel der Subversion gewählt worden. Moskau habe durch „Aktivierung der Friedensbewegung im Westen, vor allem in der Bundesrepublik“ die ‚Nachrüstung‘ niederringen wollen. Es habe Anlass zur Hoffnung gegeben, dass dies gelingen würde. Jimmy Carters Entscheidung im April 1978, die so genannte ‚Neutronenwaffe‘ einstweilen nicht produzieren zu lassen, habe man „im Kremel“ als Erfolg der eigenen Propagandatätigkeit angesehen. Aus Archiven der UdSSR, der DDR, des Weltfriedensrats und des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ) gehe hervor, dass die Sowjetunion zahlreiche Maßnahmen in Gang gesetzt habe, die im Krefelder Appell Mitte November 1980 kulminiert seien. Das Wirken der Friedensbewegung nach 1980 habe sich auf der Basis einer Mehrheitsrepräsentation „östlich beeinflusster Gruppierungen“ in den Gremien der Bewegung vollzogen. Gorbatschow habe nicht aufgrund der Friedensbewegung, sondern aufgrund der westlichen Mittelstreckenwaffenrüstung auf die Politik der Perestroika

gesetzt.

BENJAMIN ZIEMANN (Sheffield) kritisierte, die Akteure der Friedensbewegung als „nützliche Idioten“ anzusehen. Die Friedensbewegung sei zwischen 1979 und der Mitte der 1980er-Jahre eine Massenbewegung gewesen. Kernbestandteile der Bewegung seien längst vor dieser Zeit aktiv gewesen. Hier seien insbesondere die Kampf-dem-Atomtod-Bewegung der ausgehenden 1950er-Jahre und die Ostermarsch-Bewegung zu nennen. Ende der 1970er-Jahre seien die Antiatomkraftbewegung und ein pietistisch fundierter Radikalpazifismus die Hauptströmungen gewesen. Die Aktivität der Friedensbewegung in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre sei keine Kampagne gewesen, deren Existenz aus Beschlüssen des Politbüros der KPdSU resultiert sei oder die im Rekurs auf solche Beschlüsse verstanden werden könne. Statt der These einer „pro-sowjetischen Ausrichtung der Friedensbewegung“ gemäß G. Wettig plädiere er, Ziemann, dafür, die „Diversität und Lokalität“ der Friedensbewegung historiographisch ernst zu nehmen und zwischen Führungsebene und Basis der Bewegung zu unterscheiden. Zweifelsohne habe die KOFAZ-Leitung die Linie der DDR vertreten. Die Basis habe dies im Interesse des Minimalkonsenses, die westliche ‚Nachrüstung‘ zu verhindern, toleriert, ohne deswegen „blind“ gewesen zu sein gegenüber dem Rüstungspotential der Sowjetunion. Das „framing“ der Friedensbewegung sei insofern anti-amerikanisch gewesen, als die USA nicht als wirtschaftlicher, sozialer oder militärischer Modellstaat angesehen worden seien. Zudem sei man nicht mehr zu einem pauschalen Antikommunismus bereit gewesen. Dies könne nicht mit einer „pro-sowjetischen“ Haltung in eins gesetzt werden. Hauptbedenken sei die Angst vor dem Atomkrieg gewesen. Historiographie führe in die Irre, wenn sie den politischen Kampf der 1980er-Jahre neu auskämpfe anstatt zu würdigen, dass die Friedensbewegung das Denken in den Kategorien des Kalten Krieges überwinden wollte.

Auf die Tendenz, dass die Friedensbewegung in der Binnenperspektive Ziemanns aus dem Gesamtzusammenhang des Ringens

---

Doppelbeschluss und Friedensbewegung. Unter Mitarbeit von Laura Stapane. Paderborn 2012, S. 7-37.

zwischen Ost und West und der sowjetischen Europastrategie zu Beginn der 1980er-Jahre herausgelöst und daher enthistorisiert werde, wies MICHAEL PLOETZ (Berlin) kritisch hin. Ähnlich wie Wettig postulierte Ploetz eine massive Unterstützung der Friedensbewegung durch Moskau im sowjetischen „Friedenskampf“ gegen die NATO. Dies sei ein taktisches Mittel gewesen, um auf ein fundamentales Ziel der sowjetischen Strategie hinzuwirken: auf die Erosion der Glaubwürdigkeit des westlichen Abschreckungssystems als Vorstufe zur politischen Erosion der NATO. Die sowjetische Strategie, so Ploetz im Blick auf die Quellenkritik, sei zeitgenössisch im öffentlichen Raum erkennbar gewesen und daher geschichtswissenschaftlich in einschlägigen Publikationen, Verlautbarungen etc. greifbar, selbst wenn andere staatliche Quellen unzugänglich seien. Auch in der Ära Breschnew sei es Moskau immer um den „weltrevolutionären Prozess“ gegangen. Der Status quo sei nie anerkannt worden. Weil der Krieg als Mittel der Politik im Blick auf Europa zu riskant gewesen sei, habe man auf Revolutionsexport und Subversion gesetzt, um die Bedingungen zu einem politischen Ausgleich der Staaten Westeuropas mit der Sowjetunion zu verbessern. Die „Sowjetideologie“ müsse hinsichtlich der „Sowjetpolitik ernst genommen werden“. Speziell die Friedensräte im Westen seien seit Ende der 1970er-Jahre massiv manipuliert und instrumentalisiert worden. Unklar sei nach wie vor, wie hoch der sowjetische Einfluss auf die Presse im Westen zu veranschlagen sei. Der Stern sei ein Paradebeispiel für vorsätzliche Desinformation und Irreführung der bundesdeutschen Öffentlichkeit gewesen.

Die Reihe der Vorträge beschloss BEATRICE DE GRAAF (Utrecht). Sie plädierte für eine strikte Historisierung der Debatte um die Friedensbewegung. Eine Wiederholung politisierter zeitgenössischer Diskussionen solle unterbleiben. Die Frage nach Verlierern oder Gewinnern im Blick auf die Geschichte der Friedensbewegung sei überkommen. Zweifelsohne sei die Bewegung nicht in der Lage gewesen, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses zu verhindern. Die Friedensbewegung habe ein alternatives Sicherheitsverständnis entwickelt. Die Kontrastfo-

lie dieses alternativen Sicherheitsverständnisses sei die „essentialistische“ Schule sicherheitspolitischen Denkens gewesen, die starken Einfluss auf staatliche Außen- und Sicherheitspolitik ausgeübt habe. Vertreter dieser Schule seien von zentralen Annahmen ausgegangen - etwa vom Sicherheitsdilemma (John Herz) oder von der stabilitätsstiftenden Wirkung (nuklearer) Abschreckung. Sie hätten Sicherheitspolitik anhand bestimmter Betrachtungsweisen und Parameter zu analysieren versucht - etwa Zusammensetzung und Spezifika des materiellen Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West. Durch das Wirken der Friedensbewegung bis Mitte der 1980er-Jahre sei das monopolisierte Verständnis von Sicherheit und Sicherheitspolitik durch eine ethisch und christlich inspirierte Kritik vor allem am System der bipolaren Abschreckung herausgefordert worden. Die Friedensbewegung habe auf eine „Institutionalisierung von Empathie im außen- und sicherheitspolitischen Diskurs“ hingewirkt, die Ende der 1980er-Jahre auch feststellbar sei. In den Niederlanden sei der interkirchliche Friedensrat bereits im Zuge der Kontroverse um die ‚Neutronenbombe‘ 1977/1978 in einer Vorreiterposition gewesen. Sein Plädoyer für beiderseitige Abrüstung in der NATO wie im Warschauer Pakt sei seitens der US-Regierung als Ausfluss von „Hollanditis“ kritisiert worden. „Hollanditis“ sei als Stigma kultiviert worden, um die neutralistisch-pazifistische Stoßrichtung alternativer Sicherheitskonzeptionen als „große Gefahr für Europa“ zu bekämpfen. Die Friedensbewegung in den Niederlanden habe nicht nur für beidseitige Abrüstung, sondern auch für den Schutz der Menschenrechte in Ostblockstaaten geworben. Deswegen sei sie bei der DDR-Führung als Feindbild angesehen worden.

In der Diskussion wurde bezüglich der Binnenperspektive auf die Friedensbewegung die Kritik laut, der wirkliche Charakter und die politische Bedeutung der Geschichte der Friedensbewegung im Kontext des Ost-West-Konflikts drohe ausgeklammert zu werden und dadurch verloren zu gehen. Das Denken entsprechend alternativer Sicherheitskonzeptionen sei abstrakt gewesen. Es habe wenig bis nichts mit den Realitäten internationaler Politik zu tun gehabt. Eine unkritische Prä-

---

sensation von in der Friedensbewegung kursierenden Sicherheitskonzeptionen sei dann gegeben, wenn nicht geprüft und dargelegt werde, welche Wirkungen alternative Sicherheitskonzeptionen bei tatsächlicher Umsetzung in einer historisch und machtpolitisch kontingenten Situation evoziert hätten, ob sie stabilisierend oder - im Gegenteil - destabilisierend, das heißt potentiell konfliktanreizend gewirkt hätten. Überhaupt müssten Begriffe wie „Frieden“, „Abrüstung“ etc. als Quellsprache historisiert werden. Sie dürften wissenschaftlich nicht einfach übernommen werden. Die Kritiker derjenigen, aus deren Sicht die Geschichte der Friedensbewegung vorrangig im Kontext der politischen Geschichte des Ost-West-Konflikts und einer postulierten, offensiven Strategie der Sowjetunion zu verstehen sei, mahnten einen Mangel an Quellenkritik an. Die verfügbaren Quellen staatlicher Provenienz aus Ostblockstaaten müssten kritischer eingeordnet werden, zumal nach wie vor wichtige Quellen unzugänglich und die bisherigen Narrative und Thesen bezüglich der sowjetischen Politik und Strategie insofern lückenhaft seien. Man müsse historiographisch von der zeitgenössischen Lagebeschreibung beteiligter Akteure abstrahieren. Zu fragen sei etwa, ob die Geschichte der Friedensbewegung nicht als Teil einer übergeordneten Geschichte der Angst während der 1980er-Jahre verstanden und geschrieben werden sollte, anstatt der politikhistorischen Perspektive auf den Ost-West-Konflikt zu folgen. Die Fragen aus dem Plenum und die Antworten der Sektionsteilnehmer erbrachten manche Anregung zur Differenzierung und Weiterentwicklung. Sie verfestigten jedoch die bestehenden Ausgangspositionen der Vertreter beider Lager, deren unterschiedliche Zugangsweisen eher akzentuiert wurden als dass sich eine Annäherung hin zu einem integrativen Verständnis der Geschichte der Friedensbewegung abgezeichnet hätte.

### **Sektionsübersicht:**

Sektionsleitung: Peter Hoeres (Würzburg)

Peter Hoeres (Würzburg): Einleitung

Gerhard Wettig (Kommen): Friedenspolitik und Machtpolitik. Die westdeutschen Frie-

densgruppen zwischen Abrüstungsideal und Aufrüstungsrealität

Benjamin Ziemann (Sheffield): Die Friedensbewegung zwischen Blockpolitik und sozialer Bewegung

Michael Ploetz (Berlin): Die geplante Bewegung: Diplomatie, Militärpolitik und Friedenskampf in der sowjetkommunistischen Strategie der 1970er und 1980er Jahre

Beatrice de Graaf (Utrecht): Die Friedensbewegung als Katalysator für ein neues europäisches Sicherheitsverständnis, 1970-1990

Tagungsbericht *HT 2014: Die Friedensbewegung in der geschichtswissenschaftlichen Kontroverse*. 23.09.2014–26.09.2014, Göttingen, in: H-Soz-Kult 14.11.2014.